

Massenkundgebung in Hamburg

Vertrauensvotum für Genossen Thälmann

Keine Verleumdung noch vereinigte Hehe der Sozialdemokratie und Vertreter an der Partei hat vermocht, das Vertrauen der Hamburger Arbeiterschaft zu dem alten Führer Ernst Thälmann zu erschüttern. In einer Demonstrationssammlung, wie sie Hamburg seit Jahren nicht gesehen hat, bekräftigte das revolutionäre Proletariat Hamburgs erneut sein volles Vertrauen.

Da eine öffentliche Demonstration verboten war, fand eine große Kundgebung im Saal statt, der sofort überfüllt war, so daß viele Arbeiter wieder umkehren mußten.

Am Nachmittag des gestrigen Tages hatten sich zahlreiche Kranzdeputationen am Urnenhort an den Grübern der gefallenen Oktoberkämpfer versammelt. Vertreter von Arbeiterorganisationen und vielen Betrieben, u. a. auch der streikenden Werft- und Hafenarbeiter, legten Kränze nieder und geleiteten im Ansprechen im Namen der Hamburger Arbeiterschaft im Geiste der gefallenen Oktoberkämpfer weiter zu kämpfen bis zum endgültigen Sieg.

KPD-Sieg bei der Konsumereinswahl in Halle

Bei der am Sonntag stattgefundenen Vertreterwahl zum Allgemeinen Konsumverein Halle und Umgebung entfielen auf die Liste der KPD 2988 Stimmen, auf die Liste der SPD 765 Stimmen. Nach diesem Ergebnis erhält die KPD 138, die SPD 35 Vertreter.

Dieses Ergebnis ist um so bedeutender, als die Sozialdemokratie diesmal ihren ganzen Parteiapparat aufgebunden hatte, um durch wüste Hehe gegen die kommunistischen Genossen, Herausgabe von Flugblättern und Versammlungsgelügen die kommunistische Dreiviertelmehrheit zu brechen. Das ist den Reformisten nicht gelungen.

Das Ergebnis des Volksbegehrens

Teilergebnis aus 10 Wahlbezirken

11. Berlin, 22. Okt. Das Ergebnis der Eintragung zum Volksbegehren liegt bisher aus 10 Wahlkreisen mit insgesamt 924 180 Stimmen vor. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten in diesen 10 Wahlkreisen beträgt 2 244 856. Der Prozentsatz der für das Volksbegehren abgegebenen Stimmen beträgt mit hin 3,66. Aus 15 Wahlkreisen liegt das Ergebnis noch aus.

Die Kriegsvorbereitungen gegen die USSR

Die bürgerliche Ost-Expres-Agentur bringt aus Prag eine Meldung, die jene Berichte des Bukarester Korrespondenten des Berliner Tageblattes bestätigt, der vor einigen Wochen über die erhöhte Aktivität der rumänisch-polnischen Antikomintern berichtet. Die Ost-Expres-Agentur meldet u. a., daß der Generalinspektor der rumänischen Armee, Kardaretsu, in Begleitung von zwei rumänischen Generalstabsoffizieren am 7. und 8. Juni d. J. mit dem polnischen Generalstab Konferenzen abgehalten hat. Gegenstand dieser Konferenzen war die Ausarbeitung eines gemeinsamen polnisch-rumänischen Operationsplanes für einen Kriegszug gegen die Sowjetunion. Bei einem späteren Besuch Bilundits in Bukarest ist ein allgemeiner militärischer Operationsplan der rumänischen und polnischen Armee gegen Sowjetrußland zustande gekommen. Bilundits hat Rumänien für den Fall eines Krieges zugesichert, daß mindestens drei polnische Divisionen in die rumänische Armee eingeleitet werden sollen. Als Ergebnis eines erfolgreichen Feldzuges gegen Sowjetrußland soll die Schaffung eines ukrainischen Staates unter polnischem Einfluß erfolgen. Die Ost-Expres-Agentur bestätigt weiterhin die früheren Angaben des Berliner Tageblatt-Korrespondenten dahingehend, daß England und Frankreich die Führung in diesem polnisch-rumänischen Bündnis inne hat und daß sehr starke Versuche bestehen, auch Ungarn und die Tschechoslowakei in diese Antikominternfront hineinzuziehen.

Albert Thomas belacht die Mörderregierung

11. Genf, 23. Oktober. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wird in aller nächster Zeit eine längere Reise nach Japan und China antreten und dabei vornehmlich auch Sanktionen besuchen. Wie bereits bekannt, wird auch der hellwertende Generalsekretär des Völkerbundes, Trenchard (Frankreich), in diesem Jahre nach China reisen. Die Reise erfolgt auf Einladung der Nanjingregierung.

Wandern des Hafenarbeiterstreiks in Marseille

11. Paris, 23. Oktober. Wie aus Marseille gedrachtet wird, dehnt der Hafenarbeiterstreik an. Am den Verkehr zwischen Frankreich, Korsika, Tunis und Algerien notwendig aufrecht erhalten zu können, werden Dampfer von Marseilles abgehen, in See gehen. Auf den Rückreisen von Marseille gelang es, drei Dampfer still zu machen, von denen zwei bereits Dienst in Richtung nach Algerien und Tunis abtun und zahlreiche Fahrgäste an Bord hatten.

Rüstet zur Gedenkfeier

für die Opfer von 1923, am 27. und 28. Oktober in Freiberg

Bom Tage

Flugzeugabsturz in Staaken

Berlin. Wie das Berliner Tageblatt meldet, stürzte über dem Flugplatz in Staaken am Dienstag nachmittags ein Sportflugzeug ab und verbrannte. Der einzige Insasse, der Pilot Kolj Kramer, wurde getötet.

Unterbringung beim Amtsgericht Bernburg

Bernburg. Bei der Revision des Bernburger Amtsgerichts durch den Landgerichtspräsidenten Kinnar aus Dessau, der für diesen Zweck seit etwa 2 Wochen hier weil, sind erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. In zwei Abteilungen des Amtsgerichts sind im Laufe der beiden letzten Jahre in 130 Fällen Akten verschwunden. Es handelt sich um Strafakten, bei denen für die eingegangenen Strafgebühren keine Marken gefügt worden sind. Allem Anschein nach sind die Strafgebühren unterschlagen und, um diese Unterschlagungen zu vertuschen, die Akten beseitigt worden. Die beiden Beamten, die hierfür in Frage kommen, sind durch den Landgerichtspräsidenten sofort vom Dienst suspendiert worden. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden, die die Untersuchung eingeleitet hat.

Unterbringungen beim Bezirksverband Kottlich

Kottlich. Wie die MZK melden, steht der Leiter des Bezirksverbandes Kottlich, Dr. Max Herber, unter dem dringenden Verdacht der Unterschlagung. Es soll sich um 20 000 Mark handeln und die Unterschlagung schon mehrere Jahre zurückliegen. Es soll sich um Gelder des Arbeitsnachweises handeln, da Herber Leiter des Arbeitsamtes war. Der Bezirksauschuss befaßt sich in einer geheimen Sitzung mit der Angelegenheit. Dr. Herber liegt zur Zeit schwer krank in einem Chemnitzer Krankenhaus.

Dreifacher Mord und Selbstmord

11. Stettin. Am Dienstagabend wurde in seiner Wohnung der Schneidermeister Arthur Wöh mit seinen beiden Kindern im Alter von 12 und 5 Jahren, und eine Frau Anna Haefe tot aufgefunden. Während der Körper des Wöh keinerlei Zeichen

Der Schandschiedspruch gegen die Textilarbeiter verbindlich!

11. Eisen, 23. Oktober. Nach den in Köln nochmals abgehaltenen Verhandlungen beider Parteien vor dem Schlichter für Rheinland, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jortten, ist der Schiedspruch für die Münden-Glabbech-Niederrhein Textilindustrie für verbindlich erklärt worden. In diesem Schiedspruch ist für Münden-Glabbech, betr. die Bierleiner Seide, ein Sonderabkommen getroffen worden.

Der heutige Vormarsch begrüßt die Verbindlichkeitsklärung des Schandschiedspruchs für die rheinischen Textilarbeiter und fordert die Abwägung auch der gegenwärtigen und aller zukünftigen Kämpfe durch Kampfentscheidungen, indem er folgendes Schanddokument auf der ersten Seite veröffentlichen:

„Mobilisierung der Schanzmacher. Schließt die Arbeiterfront. Die Schanzmacher halten den Augenblick für einen Angriff gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen für gekommen.“

Die Textilindustriellen wollen der Arbeiterschaft eine Entscheidungsschlacht aufzwingen in einer Situation, die den Arbeitern wenig Chancen bietet. Sie drohen mit einer allgemeinen Aussperrung. Ihr Plan ist aufrecht gesetzt. Die Schiedsprüche im Münden- und Münden-Glabbech-Gebiet sind für verbindlich erklärt worden.“

Nachdem der Vormarsch noch auf die kommenden Kämpfe in der Gruppe Rordwest und auf den Kampf in Hamburg verwiesen hat, glaubt er, durch folgende Kommuniqué seine schändliche Stellung zu verdeutlichen.

„Sie wollen es auf Preisen oder Preisen ankommen lassen. Mit Sie arbeitet der Wahnwitz der Kommunisten, die in dieser Situation gegen die Arbeiterschaft kämpfen und Zersplitterung in ihre organisierte Macht zu tragen versuchen. Kommunistscher Terror in Hamburg gegen organisierte Arbeiter gegen die Gewerkschaft. Sie überfallen ältere Arbeiter, sie misshandeln sie, um ihre politische Disziplin zu untergraben.“

Gegen den Aussperrungsterror der Schanzmacher und kommunistischen Wahnwitz muß die organisierte Arbeiterschaft liegen. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, sie bilden den festen Kern, an dem der Antiumbruch brechen muß. Seid gerüstet! Steht ein in unletzte Gewerkschaften! Der zur Sozialdemokratie!“

Die Textilarbeiter werden mit 2 und 3 Pfennigen Lohn-erhöhung in die Betriebe gerufen. Der Schlichter vertritt die Interessen der Unternehmer. Der Vormarsch und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer treten selbstverständlich für die Unterwerfung ein.

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter zeigt aber, daß die Arbeiterschaft beginnt Schluck zu machen mit der Unterwerfungspolitik. Der Textilarbeiter-Schandschiedspruch ist aber auch der treffendste Kommentar zu den sozialdemokratischen Versprechungen über die Verbesserung des Schlichtungswegens.

Klassen-genossen! Schließt euch der Opposition in den Gewerkschaften an, protestiert gegen die Schandschiedsprüche, durchbrecht die Verbindlichkeitsklärungen!

Reformistischer Verrat des Streiks in Lodz

Die Arbeiter verharren noch im Kampf

Warschau, 23. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die polnischen Sozialisten haben den Lodzer Streik ab 22. Oktober für liquidiert erklärt. Die Liquidierung des Streiks wird in überaus charakteristischer Form vollzogen. Noch am Sonnabend beriefen die polnischen Sozialisten, ohne daß die Arbeiter davon in Kenntnis gesetzt wurden, das Streikkomitee ein, zu welchem nach Aussetzung des Generalstreiks Vertreter aller streikenden Gewerkschaften herangezogen worden waren, wodurch die Linke, die bis dahin in der Mehrheit war, in die Minderheit geriet. 22 Mitglieder des Streikkomitees stimmten für die Einstellung des Streiks, 12 dagegen. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt gegeben wurde, verließen diese zwölf einen demonstrativen Sitzungssaal. Die polnischen Sozialisten beschloßen, die Einstellung des Streiks bis zum letzten Augenblick nicht bekanntzugeben, damit die Arbeiter sich im Laufe des Sonntags diesem Beschluß nicht widerlegen könnten.

Trotz des Versprechens, die Gewerkschaftskommission werde zur Verhinderung einer Reihe von Versammlungen abhalten, fanden diese nicht statt. Alles geschah hinter dem Rücken der Arbeiter. An der Beratung der Frage der Streikeinstellung haben die Betriebsbelegierten nicht teilgenommen. Der auf dieser Beratung gefasste Beschluß, den Streik abzubrechen, hat die Arbeiter im letzten Augenblick völlig unvorbereitet überrascht. Es hat sich herausgestellt, daß die polnischen Sozialisten nach dem Scheitern der Verhandlungen, die zwischen Arbeitern und Industriellen in Warschau geführt wurden, Separatverhandlungen mit den Unternehmern aufgenommen haben. Es

ist deshalb den polnischen Sozialisten, die den Textilarbeiterverband leiten, bereits bekannt, unter welchen Bedingungen die Industriellen den neuen Kollektivvertrag unterzeichnen wollen. Diese Bedingungen lauten:

Allgemeine Prozentige Lohnerhöhung; 10 bis 15 Prozentige Lohnerhöhung für Textilarbeiter, die vier und mehr Maschinen bedienen; das Institut der Betriebsbelegierten wird von den Industriellen „geduldet“; den Textilarbeitern wird zur Tilgung ihrer während der Streikzeit aufgenommenen Schulden ein Darlehen in der Höhe von zwei Monatslöhnen gewährt. Das sind Kapitalantenbedingungen. Die Wirtschaftslage der Arbeiter bessert sich damit nicht; die Prozentige Lohnerhöhung bedeutet einen täglichen Mehrerwerb von nur 30 bis 35 Groschen. Für die Anerkennung der Körperlichkeit der Betriebsbelegierten sind keine hinreichenden Garantien gegeben. Der Lodzer Textilarbeiterstreik ist mithin als wirtschaftlich ergebnislos zu betrachten.

Der unerwartete Beschluß, den Streik in Lodz und Provinz abzubrechen, hat um so härteres Befremden hervorgerufen, als die Arbeiter am Sonnabend allen Betrieben, den Streik zu durchbrechen, ein Ende bereitet hatten. Trotz der Bemühungen der Unternehmer ließen alle Lodzer Textilfabriken am Sonnabend den Streik fort. Am 22. Oktober wurde in einigen Betrieben die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. In anderen Fabriken wurden den Arbeitern unliebsame Überwachungen zuteil. So wurde in den Widszew-Werken, wo 11 000 Arbeiter beschäftigt sind,

nicht allein die Prozentige Lohnerhöhung verweigert, sondern sogar eine 15prozentige Lohnerhöhung befanntgegeben,

was die Arbeiter veranlaßte, die Arbeit nicht wiederaufzunehmen. In dem Scheibler-Werk, das mit 7000 Arbeitern zu den größten Betrieben gehört, wurde eine neue Verordnung über die Einführung eines Systems von Strafen durch Anschlag bekanntgegeben, woraufhin die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten. In anderen Fabriken stellt die Betriebsleitung ebenso unannehmable Forderungen, um sich den Umstand zunutze zu machen, daß die Arbeiter vor Abbruch des neuen Kollektivvertrags die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter konnten sich in diesen Fällen deshalb nicht dazu verstehen, die Arbeit wiederaufzunehmen.

Aus allen diesen Umständen geht klar hervor, daß der Streik in verräterischer Weise liquidiert wurde und die Arbeiter der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind.

Vor der Ausberrung in Nordwest

Berlin, 24. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Wie berichtet wird, hat der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Nordwest ein Rundschreiben erlassen, daß der Vorbereitung der Aussperrung dient und allen Mitgliedern schärfste Strafen androht, wenn sie der Aussperrung nicht nachkommen.

Die Thüringer Parteipresse veröffentlichte am 23. Oktober einen Brief des ZK an alle Parteimitglieder im Bezirk Großthüringen. In dem Brief wird die Ursache und Enttarnung der Parteiferenzen behandelt und geteilt, in welcher Weise und mit welchem Ziel die liquidatorische Gruppe den Kampf gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und gegen die kommunistische Internationale überhaupt führt. Diese öffentliche Information der gesamten Parteimitgliedschaft machte sich notwendig, weil einige Genossen des Sekretariats der Bezirksleitung Großthüringen den Parteiapparat zur Verbreitung des Fraktionsmaterials der liquidatorischen Gruppe ausgenutzt haben und die Parteimitgliedschaft durch Verbreitung verleumdender Gerüchte internistisch täuschten. Unter Ausschaltung des Gesamtsekretariats der SZ und der emperen Bezirksleitung hat insbesondere Gen. Tittel versucht, in fraktioneller Weise die Voraussetzungen zu schaffen, für den Kampf gegen die Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Diese Handlungsweise einiger Genossen des Thüringer Bezirkssekretariats haben das Zentralkomitee gezwungen, die Disziplinstrafe des Genossen Tittel öffentlich festzustellen und einen Vertreter des Zentralkomitees nach Thüringen zu entsenden. Die Stellungnahme der führenden Parteifunktionäre von Gera, Bitterfeld, Eisenach und anderen Orten zeigt bereits, daß auch in Thüringen die Mehrheit der Parteimitglieder auf dem Boden der Beschlüsse der kommunistischen Internationale steht und die Politik des Genossen Tittel und seiner Freunde nicht unterstützt.

Aus der Serie

Zur Situation im Bezirk Großthüringen

Die Thüringer Parteipresse veröffentlichte am 23. Oktober einen Brief des ZK an alle Parteimitglieder im Bezirk Großthüringen. In dem Brief wird die Ursache und Enttarnung der Parteiferenzen behandelt und geteilt, in welcher Weise und mit welchem Ziel die liquidatorische Gruppe den Kampf gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und gegen die kommunistische Internationale überhaupt führt. Diese öffentliche Information der gesamten Parteimitgliedschaft machte sich notwendig, weil einige Genossen des Sekretariats der Bezirksleitung Großthüringen den Parteiapparat zur Verbreitung des Fraktionsmaterials der liquidatorischen Gruppe ausgenutzt haben und die Parteimitgliedschaft durch Verbreitung verleumdender Gerüchte internistisch täuschten. Unter Ausschaltung des Gesamtsekretariats der SZ und der emperen Bezirksleitung hat insbesondere Gen. Tittel versucht, in fraktioneller Weise die Voraussetzungen zu schaffen, für den Kampf gegen die Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Diese Handlungsweise einiger Genossen des Thüringer Bezirkssekretariats haben das Zentralkomitee gezwungen, die Disziplinstrafe des Genossen Tittel öffentlich festzustellen und einen Vertreter des Zentralkomitees nach Thüringen zu entsenden. Die Stellungnahme der führenden Parteifunktionäre von Gera, Bitterfeld, Eisenach und anderen Orten zeigt bereits, daß auch in Thüringen die Mehrheit der Parteimitglieder auf dem Boden der Beschlüsse der kommunistischen Internationale steht und die Politik des Genossen Tittel und seiner Freunde nicht unterstützt.